

**Öffentliche Niederschrift über die  
Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg  
am 03.08.2020 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:06** Uhr

Ende: **19:16** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Wolfgang Benter

Herr Gerd Benzmüller

Vertretung für Herrn Claus  
Piedmont, bis 18:40 Uhr (TOP 8)

Herr Matthias Daleiden

Herr Markus Franzen

Vertretung für Herrn Sascha Kohl-  
mann

Frau Stephanie Freytag

Herr Bernhard Henter

Herr Paul Neumann

Vertretung für Frau Stephanie Ni-  
ckels

Herr Paul Port

Herr Kaspar Portz

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Markus Thul

Vertretung für Frau Kathrin Schlöder  
ab 17:15 Uhr (TOP 2)

ab 17:09 Uhr (TOP 1.1)

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Verwaltung

Frau Alexandra Apel-Kuchenbrandt

Abteilung 6 - Finanzen und Kommu-  
nales (TOP 4)

Herr Norbert Etringer

Abteilungsleiter Abteilung 5 - Schu-  
len und Bildung

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Frau Yvonne Mahler

Abteilung 5 - Schulen und Bildung

Herr Thomas Müller

Presse

Herr Rolf Rauland

Leiter des Geschäftsbereichs I

Frau Hannah Schmitz

Presse

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III

Herr Alois Zehren

Abteilungsleiter Abteilung 6 - Finan-  
zen und Kommunales (TOP 4)

### Gäste

Herr Franz-Josef Geltz  
Frau Marion Maier  
Frau Nicole Mertes  
Herr Hubert Oos

Trierischer Volksfreund  
SWR Studio Trier

Frau Heike Gleißner

Kreistagsmitglied, Vertretung für  
Frau Marianne Rummel bei TOP 8  
Kreistagsmitglied

Herr Dieter Klever

### nicht anwesend:

#### Mitglieder

Herr Sascha Kohlmann  
Frau Dr. Kathrin Meß  
Frau Stephanie Nickels  
Herr Claus Piedmont  
Frau Kathrin Schlöder

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

#### mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel

entschuldigt

### Zur Geschäftsordnung

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) eröffnet die heutige Sitzung des Kreis-ausschusses in Vertretung des Landrates und begrüßt dessen Mitglieder, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Der **Vorsitzende** weist zu Beginn auf die getroffenen Hygienemaßnahmen aufgrund der Corona-Krise hin.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der **Kreisausschuss** die Dringlichkeit des Tagesordnungspunktes 2.3 „K 77, Ersatzneubau Fellerbachbrücke, Auftragsvergabe und Mehrkosten) einstimmig fest.

Ferner teilt der **Vorsitzende** mit, dass es folgenden Nachtrag zur Erweiterung der Tagesordnung gebe:

- „Erstattung der laufenden Fixkosten an die Caterer nach Ausfall der Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in der Trägerschaft des Kreises durch die Schulschließungen“ (Vorlage 0237/2020)

Der **Kreisausschuss** stellt die Dringlichkeit fest und beschließt einstimmig, den Nachtrag zur Erweiterung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung aufzunehmen. Er wird somit als neuer Tagesordnungspunkt 10 geführt.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

2. **Auftragsangelegenheiten**
  - 2.1. **Mittagsverpflegung in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises; Auftragsvergaben; Vorlage: 0218/2020/1**
  - 2.2. **Auftragserweiterung Estricharbeiten - Generalsanierung der Stefan-Andres-Sporthalle am Schulzentrum Schweich; Vorlage: 0222/2020/1**
  - 2.3. **K 77, Ersatzneubau Fellerbachbrücke, Auftragsvergabe und Mehrkosten  
Vorlage: 0233/2020/1**
3. **Fortentwicklung der Betreuung von Flüchtlingen; Vorlage: 0172/2020/1**
4. **Übersicht über die Verwendung der vom Land i.Z.m. der Corona-Pandemie geleisteten Zuwendungen; Vorlage: 0217/2020**
5. **Genehmigung von Tiertransporten durch das Veterinäramt des Landkreises Trier-Saarburg (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion am 24.07.2020); Vorlage: 0231/2020**
6. **Direkte Anbindung Konz-Roscheid – Trier; Vorlage: 0141/2020/4**
7. **Unterricht und Unterrichtsorganisation an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 01.06.2020);  
Vorlage: 0219/2020**
8. **Sommerschule im Landkreis Trier-Saarburg; Vorlage: 0220/2020**
9. **Digitale Schule in den Schulen des Landkreises; Vorlage: 0221/2020**
10. **Erstattung der laufenden Fixkosten an die Caterer nach Ausfall der Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in der Trägerschaft des Kreises durch die Schulschließungen; Vorlage: 0237/2020**
11. **Informationen und Anfragen**
  - 11.1. **Interimsvergabe beim VRT - Vorabinformation über eine Eilentscheidung  
Vorlage: 0230/2020**
  - 11.2. **Information über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Trier vom 07. Juli 2020 in dem Verwaltungsrechtsstreit zwischen der Kreistagsfraktion Die Linke mit dem Kreistag Trier-Saarburg wegen Kommunalrechts  
Vorlage: 0232/2020**

**2. Auftragsangelegenheiten**

**2.1. Mittagsverpflegung in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises; Auftragsvergaben; Vorlage: 0218/2020/1**

**Protokoll:**

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Vergaben. Die Aufträge für die Mittagsverpflegung für das Schuljahr 2020/2021 an den in Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg stehenden Schulen Gymnasium und Realschule plus Schweich, Levana-Schule Schweich, St. Martinus-Schule Reinsfeld und Gymnasium Hermeskeil werden wie folgt vergeben:

- Schulzentrum Schweich mit Gymnasium, Realschule plus und Levana-Schule Schweich (teilweise) an die Fa. Streit Catering GmbH, 54518 Osann mit einem Nettopreis pro Essen von 3,40 € und Gesamtnettokosten von 63.648,00 €,
- Levana-Schule Schweich (für die Unter- und Mittelstufe in der Schule) an die Fa. Streit Catering GmbH, 54518 Osann mit einem Nettopreis pro Essen von 3,40 € und Gesamtnettokosten von 38.148,00 €,
- St. Martinus-Schule Reinsfeld an die Fa. Streit Catering GmbH, 54518 Osann mit einem Nettopreis pro Essen von 3,40 € und Gesamtnettokosten von 35.700,00 € sowie
- Gymnasium Hermeskeil an die Fa. Sander Catering GmbH, 56291 Wiebelsheim mit einem Nettopreis pro Essen von 3,81 € und Gesamtnettokosten von 34.290,00 €.

Die Auftragssumme beträgt für die o. g. Schulen insgesamt netto 171.786,00 €. Hinzuzurechnen ist der bei Leistungserbringung jeweils gültige Mehrwertsteuersatz.

Des Weiteren beschließt der Kreisausschuss, für den Abschluss der Neuverträge mit den o. g. Verpflegungsdienstleistern für den möglichen Fall, dass der Ganztagsschulbetrieb, und damit auch die Mittagsverpflegung, nur eingeschränkt oder nicht stattfinden kann, an die Dienstleister der Schulverpflegung Ausfallzahlungen wie folgt:

Sofern eine Aufteilung in Präsenz- und Fernunterricht der Ganztags Schüler/Innen erforderlich ist und dadurch bedingt ein Ausfall von ca. der Hälfte der regulär vorgesehenen Essensteilnehmer vorliegt, erhalten die Caterer für die

ausgefallenen Schulessen eine Ausfallzahlung von 50 % des jeweiligen Essenspreises.

Bei temporären Schulschließungen unter Wegfall der Mittagsverpflegung erfolgt eine Ausfallzahlung von 20 % des jeweiligen Essenspreises gerechnet auf eine durchschnittliche Anzahl von Essen pro Verpflegungstag.

Diese Ausfallzahlungen werden auch für die Vertragsverlängerungen mit den weiterhin in der Schulverpflegung tätigen Caterern beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**2.2. Auftragserweiterung Estricharbeiten - Generalsanierung der Stefan-Andres-Sporthalle am Schulzentrum Schweich; Vorlage: 0222/2020/1**

**Protokoll:**

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage vorgeschlagene Auftragserweiterung für die Baumaßnahme der Generalsanierung an der Stefan-Andres-Sporthalle am Schulzentrum in Schweich.

zum Gewerk Estricharbeiten mit der Firma

Modern Estrich Bau GmbH  
Särkover Straße 76  
66663 Merzig

Auftragserweiterung in Höhe von 44.058,71 € brutto

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**2.3. K 77, Ersatzneubau Fellerbachbrücke, Auftragsvergabe und Mehrkosten Vorlage: 0233/2020/1**

**Protokoll:**

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt einer Vergabe der Arbeiten für den Ersatzneubau der Fellerbachbrücke im Zuge der K 77, an den preisgünstigsten Anbieter zu.

Der Gesamtbauauftrag soll an die Firma Theodor Ott GmbH, Malborn, in Höhe des zuschussfähigen Kreisanteils = 314.246,55 € (Angebotssumme in Höhe von 315.186,15 €) vergeben werden.

Der Kreisanteil der Baumaßnahme in Höhe von 314.246,55 € wird vom Land mit einer Förderquote von 80 % bezuschusst. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid mit einem zuwendungsfähigen Kostenanteil von bis zu 250.000,- € liegt hier vor. Ein Aufstockungsantrag im Hinblick auf die nun zu erwartenden Mehrkosten wird aktuell beim LBM vorbereitet.

Zusätzlich stimmt der Kreisausschuss den absehbaren Mehrkosten für den Ersatzneubau der Fellerbachbrücke im Zuge der K 77, sowie der daraus resultierenden Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von ca. 65.000 € gemäß dem im Sachverhalt dargestellten Finanzierungsvorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**3. Fortentwicklung der Betreuung von Flüchtlingen; Vorlage: 0172/2020/1**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) erkundigt sich, ob die Sprachkurse sowie die Integrationskurse im Landkreis wiederaufgenommen worden seien.

Der **Vorsitzende** sagt zu, diese Informationen durch die Verwaltung nachzureichen.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt, die Kosten der Ehrenamtskoordinatoren auch über den 31.12.2020 hinaus für ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2021 weiter zu finanzieren.

Dies bedeutet, dass auch weiterhin eine halbe Stelle für den Sozialraum Konz, eine halbe Stelle für den Sozialraum Saarburg und eine Stelle für den gesamten Bereich Schweich/Trier-Land/Ruwer und Hermeskeil erhalten bleiben

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung

#### **4. Übersicht über die Verwendung der vom Land i.Z.m. der Corona-Pandemie geleisteten Zuwendungen; Vorlage: 0217/2020**

##### **Protokoll:**

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Es handle sich hierbei um eine vorläufige und keine abschließende Darstellung. Die Verwaltung habe sich zur Erstellung viel Arbeit gemacht.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) betont, dass Unwägbarkeiten eingerechnet seien. Die Vorlage biete eine gute Grundlage für die kommenden Haushaltsberatungen. Auch innerhalb den Fraktionen könne diese Thematik vorberaten werden. Ein Dank richte sie an die Verwaltung.

Abteilungsleiter **Zehren** informiert, dass das rheinland-pfälzische Innenministerium eine Zusage gegeben habe, dass die Gewerbe- sowie die Einkommenssteuer ausgeglichen werden sollen. Fraglich sei in diesem Jahr, ob der Kreishaushalt in diesem Jahr im Dezember wie üblich verabschiedet werden könne. Hintergrund sei, dass präzise Daten sowohl beim Landkreis als auch bei den einzelnen Verbandsgemeinden zu den genannten Steuern erst im November vorliegen.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) erklärt Abteilungsleiter **Zehren**, dass der Bund und das Land die Zusage hinsichtlich der Gewerbe- und Einkommenssteuer als Ausgleich an die Gemeinden und Städte für die Einbrüche während der Corona-Krise gewähren. Diese Ersatzleistungen seien bisher allerdings nicht vom Landesausgleichsgesetzes abgedeckt. Im Landkreis Trier-Saarburg sei die Einkommenssteuer von größerer Bedeutung als die Gewerbesteuer. Das Verhältnis der Ersatzleistungen gehe zugunsten der Gewerbesteuer.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

#### **5. Genehmigung von Tiertransporten durch das Veterinäramt des Landkreises Trier-Saarburg (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion am 24.07.2020); Vorlage: 0231/2020**

##### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Ferner führt er aus, dass Proteste von NGO's gegen illegale Tiertransporte eingelegt worden seien. Die Verwaltung habe sich intensiv mit diesem Thema befasst.

Ihr könne nichts vorgeworfen werden. Das Veterinäramt stehe in enger Abstimmung mit dem Landesuntersuchungsamt als Fachaufsicht. Auflagen für solche Tiertransporte seien vorhanden gewesen. Diese regelkonform einzuhalten sei das Problem. In der vergangenen Woche sei ein Erlass des Landes herausgegeben worden.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) nimmt kurz Stellung zu dem Antrag der Kreistagsfraktion.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** betont, dass eine Strafanzeige gegen Mitarbeitende der Kreisverwaltung gestellt worden sei. Inhaltlich sei diese allerdings unbekannt. Es bleibe abzuwarten, wie sich der weitere Verlauf gestalte. Es gebe unterschiedliche Problemkreise: Zum einen die Nachverfolgung in Staaten der ehemaligen Sowjetunion, mit der die Kreisverwaltung nichts zu tun habe und zum anderen die Kälbertransporte, die über Wincheringen umgeleitet worden seien. Wenn diese Transporte wie angezeigt abgelaufen wären, wären sie im vorgegebenem Rahmen gewesen. Die rechtlich problematischen Situationen werden in der Regel mit der Zeit klar. Die Weiterfahrt sei dem Veterinäramt definitiv nicht bekannt gewesen, sondern lediglich die Fahrten bis ins Südsass. Die Kreisverwaltung habe nicht darüber informiert, weil es sich bei diesem Themenfeld um Auftragsverwaltung, also Tagesgeschäft handle.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) hebt hervor, dass er nie angezweifelt habe, dass die Kreisverwaltung davon nichts gewusst habe.

Der **Vorsitzende** betont, dass es außer Frage stehe, dass dem Tierwohl jederzeit Rechnung getragen werden müsse.

Das Gros der betreffenden Branchen arbeite im Sinne des Tierwohls, so die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Eine Schelte sei schnell ausgesprochen. Allerdings müsse eine differenziertere Betrachtung im Einzelfall vorgenommen werden. Bei ihr sei ein Bewusstsein über die Zustände beispielsweise in Schlachthöfen entstanden.

Kreisausschussmitglied **Franzen** (CDU) berichtet von weiteren weltweiten Tiertransportdokumentationen. Verbieten lasse sich vieles, zu verhindern sei hingegen nicht alles. In Rheinland-Pfalz seien allerdings Einschränkungen möglich. Jeder Einzelne könne etwas tun, das in seiner Verantwortung liege. Alles Weitere sei wünschenswert.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) versichert, dass jeder einen tier-schutzwidrigen Umgang vermeiden wollen. Die Kreisverwaltung habe in dieser Sache keinen Fehler begangen. Sie sei an geltendes Recht gebunden. Im Zweifel sei sie angehalten, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde nachzufragen. Dies sei der Fall gewesen. Das eigentliche Problem liege beim Bund und den Ländern, die gegenseitig aufeinander in dieser Thematik verweisen. Diese Ebenen seien gefordert, um den illegalen Tiertransporten entgegenzuwirken. In dem Bericht des SWR seien die Darstellungen der Kreisverwaltung Trier-Saarburg unzureichend dargestellt worden.



Daran anknüpfend ergänzt der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG), dass diesen Zuständen, wie sie bei Tiertransporten vorkommen, Riegel vorgeschoben werden müssen. Die Vorlage bestätige, dass die Kreisverwaltung in dem besagten Fall keine Schuld treffe.

Nach einem kurzen Beitrag von Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) stellt der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) wiederholt klar, dass durch den Antrag nicht die Kreisverwaltung verantwortlich gemacht werden sollte.

Der Kreisbeigeordnete **Reis** (FWG) zeigt Verständnis für den Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion. Im Trierischen Volksfreund sei am 24.07.2020 ein Artikel zu diesem Thema erschienen, der die Sache richtigerweise darstelle. Damit sei diese Angelegenheit aus seiner Sicht erledigt. Die Missstände bei Tiertransporten wolle niemand.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

## **6. Direkte Anbindung Konz-Roscheid – Trier; Vorlage: 0141/2020/4**

### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) findet, dass ein guter Kompromiss gefunden worden sei. Ein Beschluss zu dieser Angelegenheit werde voraussichtlich nächste Woche in den Gremien in Konz gefasst werden. Die FWG-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag unter der Prämisse des Konzer Beschlusses zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) hebt hervor, dass ein guter Kompromiss gefunden worden sei, der gut für die Bürgerinnen und Bürger sei. Bisher habe eine Divergenz zwischen den Haltestellen von Bus und Bahn bestanden. Er sei persönlich von einigen Bürgerinnen und Bürgern auf dieses Thema angesprochen worden. Mit Vertretern verschiedener Kreistagsfraktionen sei ein konstruktives Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Trier geführt worden, das zu dem vorliegenden Ergebnis geführt habe. Die aufgeführten Summen seien vertretbar. Die Politik solle sich im Allgemeinen an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten.

Erfreut über die zielführenden Verhandlungen mit der Stadt Trier zeigt sich die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Dennoch wolle sie im Detail wissen, wie die neuen Buslinien verkehren. Dazu benötige sie weitere Informationen.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** erklärt, dass die Fahrpläne detailliert dargestellt worden seien. Aufgrund wegfallender Verkehre zum 1. Januar

2021 dränge diese Thematik in zeitlicher Hinsicht. Über den normalen öffentlichen Personennahverkehr seien noch die Schulfahrten hinzuzurechnen. Aus diesem Grund sei ein heutiger Grundsatzbeschluss wichtig, um die weiteren Planungen voranzutreiben.

Aufgrund der fairen Verhandlungen und unter den Bedingungen könne heute eine Entscheidung getroffen werden, so die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD).

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) schildert, dass sich die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion bereits im Vorfeld zu dieser Busanbindung positioniert habe. An dieser Einstellung habe sich nichts geändert. Parallelverkehre sollen vermieden werden, da bereits sehr gute Angebote existieren. Anderen Gemeinden im Landkreis könne diese neue Busverbindung nicht erklärt werden.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) äußert den Mehrwert für die Karthäuser-Bewohner. Der dortige Bahnhof sei nicht barrierefrei gestaltet, sodass für diese Personen eine solche Verbindung von Vorteil sei.

Zum Schluss betont der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU), dass es Unterschiede zwischen der Einhaltung von Formalien gebe und dem, was für die Bevölkerung am besten sei. Die Endhaltestellen von Bus und Bahn seien unterschiedlich und individuell zu betrachten.

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie dargestellt zu ändern.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Finanzierungsvorschläge der SWT und die Erwägungen der Verbandsgemeinde Konz zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die vorliegenden Planungen unter der Prämisse, dass die skizzierte Finanzierung zum Tragen kommt, weiter voranzutreiben und eine Aufnahme der Verkehre zum 01.01.2021 sicherzustellen. Nach der Evaluationszeit von 3 Jahren soll die Entscheidung überprüft werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme

7. **Unterricht und Unterrichtsorganisation an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 01.06.2020); Vorlage: 0219/2020**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) geht für die Dauer der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt in den Zuhörerraum des Sitzungssaals. Für sie nimmt ihre Stellvertreterin **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) Platz im Gremium.

Kreisausschussmitglied **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) führt kurz die Intention des Antrags der Kreistagsfraktion aus. Ziel sei das in der Vorlage beschriebene Szenario 2, das einen eingeschränkten Regelbetrieb mit Abstandsgebot vorsehe. Das Teilen von Schulklassen sei aus ihrer Sicht der zu einfache Weg. Prinzipiell funktioniere es unter Einhaltung der Corona-Verordnung mehr als die Hälfte der Lernenden pro Klasse in den Räumlichkeiten der Schule zu unterrichten. Allerdings fehlen bisher dazu detaillierte Statistiken.

Der **Vorsitzende** schildert, dass die Ausarbeitung pädagogischer Konzepte Angelegenheit des Landes sei. Maßgebliche Vorgabe sei aktuell, dass nach den Sommerferien regulärer Unterricht an den Schulen stattfinden solle. Der Landkreis nehme seine Aufgabe als Schulträger wahr.

Dieses Thema sei ihm persönlich ein Herzensanliegen, so Geschäftsbereichsleiter **Rauland**. Die Kreisverwaltung habe auf die Corona-Epidemie so flexibel wie möglich reagiert. Die möglicherweise kritischen Punkte der Hygieneanforderungen vor Ort habe die Verwaltung durch gute Vorarbeit jederzeit unter Kontrolle gehabt. Zum aktuellen Raumbedarf an den Schulen sei augenscheinlich kein größerer Bedarf vorhanden, als das Bekannte, was gemeldet worden sei. Bei der Digitalisierung sei die momentan realistischste Umsetzungsmöglichkeit ein Hybridunterricht, bestehend aus Schulunterricht und Home-Schooling. Ein solches Konzept sei bereits an einzelnen Schulen umgesetzt. Insgesamt sei die Digitalisierung ein großes Thema. Wünschenswert sei es, eine technische Assistenz in jeder Schule zu haben. Der Breitbandausbau sei eine Schnittstelle zwischen den Zuständigkeiten des Landes und des Landkreises als Schulträger. Der finanzielle Mittelabruf beim Digitalpakt schreite langsam voran. Es habe kleinere Änderungen bei der Antragsstellung zur Vereinfachung des Verfahrens gegeben. Ein weiterer Punkt sei die Vakanz beim Lehrpersonal für das anstehende neue Schuljahr. Diesbezüglich sei ein ständiger Dialog mit den Schulen vorhanden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) sagt vorausblickend, dass Niemand die Entwicklung der weiteren Infektionslage treffend abschätzen könne. Aus diesem Grund müsse die aktuelle Situation im Blick behalten und dementsprechend individuelle Lösungen gefunden werden. Für das neue Schuljahr werde Lehrpersonal benötigt, weswegen eine Schulklassenteilung kaum um-

setzbar sei. In dieser Hinsicht sei das Land als Dienstherr gefordert. Ferner bereite ihm die Situation beim Schülerverkehr Sorgen. Es gebe noch einige Fragen zu klären. Die Verwaltung habe sich darüber bereits Gedanken gemacht.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** führt aus, dass im Moment keine Kapazitätserweiterungen in Spitzenzeiten zur Personenbeförderung möglich seien. Eine weitere Möglichkeit, die zeitnah angegangen werde, sei die Abfrage bei Reiseverkehrsunternehmen, ob Reisebusse zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der Bereitstellung von Fahrern in ausreichender Zahl sei eine andere Frage. Weiterhin müssten diese Busse aufwendig angemeldet werden. Überdies seien Arbeitskämpfe von der Gewerkschaft ver.di angekündigt.

Aus Sicht der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) haben diese Probleme größtenteils schon vor der Corona-Krise bestanden. Sinnig sei die Mitnahme von Schülerinnen und Schülern nach Sitzplätzen in den Bussen. Dies umzusetzen sei hingegen unrealistisch. Die weiteren Entwicklungen müssen im Auge behalten werden. Maßgeblich seien die Vorgaben des Landes.

Kreisausschussmitglied **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um Vorlage von organisatorischen Programmen bzw. Konzepten zu den drei Szenarien, die in der Vorlage aufgeführt seien. Diese Konzepte können dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien (ehemals Schulträgerausschuss) vorgelegt werden.

Die **Verwaltung** sagt zu, dieser Bitte nachzukommen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

## 8. Sommerschule im Landkreis Trier-Saarburg; Vorlage: 0220/2020

### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** berichtet, dass der heutige Start der Sommerschule im Landkreis reibungslos funktioniert habe. Insgesamt nehmen rund 350 Schülerinnen und Schüler teil. Eine endgültige Bilanz zu diesem Projekt könne erst später gezogen werden. Das zweiwöchige Angebot kann an allen dafür vorgesehenen Schulen durchgeführt werden. Möglicherweise werde in weiteren Ferien ein ähnliches Programm angeboten.

Nach einem kurzen Beitrag vom Fraktionsvorsitzenden **Daleiden** (FWG), der als Beigeordneter der Verbandsgemeinde Trier-Land den Bürgermeister zurzeit vertritt, teilen der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) sowie Geschäftsbereichsleiter **Rauland** mit, dass solche Rückmeldungen bisher nicht vorgelegen haben. Diese Thematik müsse differenziert zwischen Landkreis und Verbandsgemeinde betrachtet werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) merkt an, dass er sich eine stärkere Beteiligung des Landes bezüglich der Umsetzung gewünscht habe.

Ein Kompliment an die Verwaltung spricht die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) aus. Ferner habe es in den Pressemitteilungen positives Feedback gegeben.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, nimmt er sodann die Informationen zur Kenntnis.

## 9. Digitale Schule in den Schulen des Landkreises; Vorlage: 0221/2020

### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** bereitet die Personalakquise im Bereich der EDV Sorgen. Die Stellen seien nach entsprechenden Beschlüssen in den Gremien ausgeschrieben. Dennoch sei er guter Dinge, dass die Stellen künftig adäquat besetzt werden können.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) berichtet über andere Möglichkeiten des Breitbandanschlusses. Das habe sie bereits in einer vergangenen Sitzung des Vergabeausschusses angesprochen. Ihr sei es ein Anliegen, dass sich die Kreisverwaltung in diese Richtung informieren könne, um für die Zukunft gut gerüstet zu sein.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) gibt an, dass bisher erst ein Teil der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Digitalpakt abgerufen worden seien. Dies liege an den hohen Hürden bei der Antragsstellung. Die Verwaltungen und die Schulen treffen dabei keine Schuld. Der Gesetzgeber als Zuschussgeber sei verantwortlich.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) schildert Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass es beim Breitbandausbau Corona-bedingt zu leichten Verzögerungen gekommen sei, die allerdings nicht schwerwiegend seien.

Abteilungsleiter **Etringer** ergänzt, dass es ein landesweites Problem beim Mittelabruf des Digitalpaktes gegeben habe. Bei der Antragsstellung seien Schwierigkeiten aufgetreten, da sie oftmals zurückgewiesen worden seien.

Einen Appell zum Mittelabruf richtet der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) an die Verwaltung. Trotz der hohen Hürden und des komplizierten Verwaltungsverfahrens müssen die Mittel abgerufen werden, um weitere Klagen zu vermeiden. Deutschland sei eine digitale Wüste.

Eine Auflistung der Schulen sei in der Vorlage zu finden, so Abteilungsleiter

**Etringer.** Daran sei der Fortschritt im Einzelfall erkennbar. Konkret beschäftige sich die Verwaltung mit diesen Angelegenheiten. Vorrangiges Ziel sei die weitere Digitalisierung der Schulen. Aus diesem Grund sei eine enge Zusammenarbeit mit ihnen notwendig.

Der **Vorsitzende** erwähnt kurz einen vergangenen Termin bei der Firma IT-Haus GmbH in Föhren. Dabei sei es unter anderem um die Digitalisierung gegangen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

10. **Erstattung der laufenden Fixkosten an die Caterer nach Ausfall der Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in der Trägerschaft des Kreises durch die Schulschließungen; Vorlage: 0237/2020**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** bekundet, dass sich der Landkreis an den Fixkosten der Caterer beteiligen wolle, damit diese die Krise in einem angemessenen Rahmen überstehen.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Fixkosten erläutern der Geschäftsbereichsleiter **Rauland** sowie Abteilungsleiter **Etringer**, dass es sich hierbei um Maßgaben des Landkreistages handle. Dazu gehören unter anderem die Betriebskosten. Eine detaillierte Darstellung welche Fixkosten erstattet werden sollen, sei in der Vorlage auf Seite 2 aufgeführt.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) findet die Erstattung der Fixkosten an die Caterer anständig. Sie gehe davon aus, dass der Landkreistag diese Sache rechtlich geprüft habe.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** fügt hinzu, dass die Summe sich aus den Essen pro Tag errechne. Die Zahlungen sollen aus dem Sonderbudget Corona bezahlt werden.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Erstattungszahlungen der laufenden Fixkosten in der Zeit vom 16.03. bis 03.07.2020 an die Caterer nach Ausfall der Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg durch die Schulschließungen in Höhe von insgesamt 49.494,20 € zu tätigen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **11. Informationen und Anfragen**

### **11.1. Interimsvergabe beim VRT - Vorabinformation über eine Eilentscheidung Vorlage: 0230/2020**

#### **Protokoll:**

Nach dem Verweis des **Vorsitzenden** auf die Informationsvorlage der Verwaltung erläutert Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**, dass eine Eilentscheidung des Landrates notwendig werde, da sich die einzuhaltenden Fristen nicht mit den Sitzungen von Kreisgremien decken.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

### **11.2. Information über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Trier vom 07. Juli 2020 in dem Verwaltungsrechtsstreit zwischen der Kreistagsfraktion Die Linke mit dem Kreistag Trier-Saarburg wegen Kommunalrechts Vorlage: 0232/2020**

#### **Protokoll:**

Nach dem Verweis auf die Vorlage durch den **Vorsitzenden** führt Büroleiter **Fuchs** kurz aus, dass die Klage aus Sicht des Verwaltungsgerichtes unzulässig und unbegründet gewesen sei. Das Urteil sei noch nicht rechtskräftig.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Übernahme von Kosten für weitere Verfahren erklärt Büroleiter **Fuchs**, dass die Rechnung des Verwaltungsgerichtes an Die Linke-Kreistagsfraktion übernommen und überwiesen worden sei. Die Übernahme der Kosten des rechtlichen Beistandes von Frau Dr. Meß seien nicht übernommen worden, da dieser vom Verwaltungsgericht abgelehnt worden sei. Ein neuer Antrag zur Erhöhung der Ausschussgrößen mit dem Ziel der Abstimmung sei von der Die Linke-Kreistagsfraktion für die nächste Sitzung des Kreistages angekündigt.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) hebt hervor, dass es für sie nicht die höchste Form von Anständigkeit habe, wenn Die Linke-Kreistagsfraktion in verschiedenen Ausschüssen des Landkreises vertreten sei und dennoch klage. Es sei im Rahmen der konstituierenden Sitzung eine einvernehmliche Lösung zur Besetzung der Ausschüsse gefunden worden. Im Nachhinein werde über diesen Weg versucht mehr zu erreichen. Durch dieses Gerichtsverfahren sei das Klima mit der Die Linke-Kreistagsfraktion nun stark belastet. Eine Gerichtsschelte, wie sie von Seiten der Klägerin geäußert wurde, sei unangebracht.

Kreisausschussmitglied **Franzen** (CDU) stimmt seiner Vorrednerin zu. Wenn die Fraktionsvorsitzende Dr. Meß neu in die Kreisgremien gewählt worden wäre, könne man ein gewisses Verständnis dafür aufbringen. Jedoch sei Frau Dr. Meß bereits in der vorherigen Wahlperiode im Kreistag des Landkreises Trier-Saarburg vertreten gewesen. Aus diesem Grunde könne nur mit Unverständnis reagiert werden. Im Allgemeinen werden die Partei Die Linke kaum in den Medien erwähnt, wenn etwas Relevantes geschehe, wohingegen eine andere Partei ständiges Thema in der öffentlichen Darstellung sei. In der Öffentlichkeit seien Tatsachen seitens der Die Linke-Kreistagsfraktion nicht richtig dargestellt worden. Letztendlich entscheidend zur Beteiligung an der Ausschussarbeit sei das Wahlergebnis in diesem Fall vom letzten Jahr.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Arnold Schmitt, MdL)  
Erster Kreisbeigeordneter

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)